

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Björn Engholm MdL skizziert die Ziele einer schleswig-holsteinischen SPD-Landesregierung: Aufbruch im Norden.

Seite 1

Klaus Kirschner MdB zieht eine Bilanz aus den bisherigen Erfahrungen mit dem Vorruhestandsgesetz: Blüms Vorruhestand - ein arbeitsmarktpolitischer Flop.

Seite 3

Waltraud Steinhauer MdB fordert weitere Arbeitszeitverkürzungen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit: Regierungspolitik des Nichtstuns führt zu noch mehr Arbeitslosen.

Seite 4

42. Jahrgang / 68

8. April 1987

Aufbruch im Norden

Für Arbeit, Umwelt und Demokratie

Von Björn Engholm MdL
Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag und
Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 13. September

Seit 37 Jahren regiert in Schleswig-Holstein die CDU. Sie ist in dieser Zeit immer mehr von einer politischen Partei zu einem Interessensicherungsverein geworden. Eitelkeiten, Machtübermut und Wahltaktik sind ihre Merkmale. Die SPD in Schleswig-Holstein ist angetreten, am 13. September die CDU-Landesregierung abzulösen. Auf dem Landesparteitag am vergangenen Wochenende in Neumünster haben wir mit der Verabschiedung der Kandidatenliste und des Landtagswahlprogramms dafür die personellen und inhaltlichen Voraussetzungen geschaffen.

Arbeit, Umwelt und Demokratie - diese drei Begriffe stehen für das Programm der schleswig-holsteinischen SPD.

Der Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist die vorrangige Aufgabe einer SPD-Landesregierung. Wir werden uns dabei an skandinavischen Modellen orientieren. Trotz weltweiter wirtschaftlicher Probleme haben es die Schweden geschafft, die Arbeitslosigkeit in ihrem Lande gering zu halten. Unser Ziel ist Vollbeschäftigung. Insbesondere sollen alle Jugendlichen nicht nur eine Ausbildung erhalten, sondern im Anschluß daran auch Arbeit finden. Wir wollen dies für alle Jugendlichen für zwei Jahre sicherstellen. Wir werden dafür sorgen, daß die Menschen, die in Schleswig-Holstein leben und arbeiten wollen, auch hier Arbeit finden und nicht nach Baden-Württemberg oder in andere Bundesländer auswandern müssen.

Eng miteinander verknüpft sind Arbeitsmarkt- und Umweltschutzpolitik. Die Grundlage für diese Politik ist die Erkenntnis, daß wir nur dann in unserem Land eine Zukunft haben, wenn der

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with some of the materials
Recycled Paper



Mensch wieder im Einklang mit der Natur lebt. Wir müssen begreifen, daß wir ein Teil des Ganzen sind. Deshalb sind wir gezwungen, Lebens- und Wirtschaftsformen zu entwickeln, die im Einklang mit der Natur stehen. Wer auf bloße Reparatur setzt, der irrt.

Die Partei hat dem Rechnung getragen. Unsere Energiepolitik - Ausstieg aus der Atomenergie und Einstieg in eine dezentrale Energieversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbaren Energieträgern - bedeutet nicht nur weniger Gefahr für die Menschen, sondern auch neue Arbeitsplätze.

Bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen müssen wir da ansetzen, wo intakte Strukturen vorhanden sind: bei kleinen und mittleren Unternehmen. Die mittelständische Wirtschaft bildet das Rückgrat einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung für Schleswig-Holstein. Wir werden die kleinen und mittleren Betriebe besonders fördern, wenn sie mit neuen Techniken und neuen Produkten ihre Existenzen absichern und neue Arbeitsplätze schaffen wollen. Mit dezentral angesiedelten Beratungsbüros wollen wir ihre Innovationskraft stärken.

Schleswig-Holstein ist ohne Werften nicht denkbar. Mit ihrem Tod verlöre das Land nicht nur den Schiffbau, sondern auch die industrielle Basis für neue Produktionen. Die Werftsubstanz zu erhalten, ist deshalb eine Selbstverständlichkeit für Sozialdemokraten. Ein kleines Land wie Schleswig-Holstein kann jedoch aus eigener Kraft nicht umfassende Werft- und Umstrukturierungshilfen leisten. Da ist der Bund gefragt.

Mit dem Programm, das der Parteitag am Wochenende verabschiedet hat, treten wir für eine offene Gesellschaft ein. Dazu gehört auch die entsprechende Bildungspolitik. Wir wollen in Schleswig-Holstein eine pädagogische Schule, in der nicht primär um die Organisation, sondern um die Frage gestritten wird, wie wir mit den Kindern umgehen und was durch Erziehung aus unseren Kindern wird. Und daß die Gesamtschule mehr dazu beitragen kann als das gegliederte Schulwesen, daraus haben Sozialdemokraten nie einen Hehl gemacht. Deshalb werden wir überall dort, wo die Eltern es wünschen und der Schulträger es beantragt, Gesamtschulen einrichten.

Eine offene Gesellschaft, das heißt für uns auch, daß wir den unseligen Extremisten-Erlaß innerhalb der ersten 100 Tage unserer Regierungszeit abschaffen werden.

Die Stärke eines Staates mit einer sozialdemokratischen Regierung liegt nicht in der Mobilisierung seiner Ordnungsmacht. Die Kraft und die Stärke des Staates liegen in der Überzeugungskraft seiner Argumente, in der Überzeugungskraft seiner Politik im Umgang mit seinen Gegnern. Wir wollen Geist und Diskussion zum Gegenstand von Demokratie machen, aber nicht das Aufeinanderlosmarschieren von Polizisten und Demonstranten.

Vor zwei Jahren hat die SPD Schleswig-Holstein beschlossen, daß ein Drittel der Landtagsmandate in der zukünftigen Fraktion an Frauen vergeben werden soll. Der Parteitag beschloß jetzt eine Liste, die diese Forderung erfüllt. Ab Platz 2 ist jeder dritte Platz mit einer Frau besetzt. In der Regierung wird eine Ministerin für Frauenfragen zuständig sein. Die Ministerin, ein Gleichstellungsgesetz für Frauen, Frauenförderpläne und eine Gleichstellungskonferenz sollen die Benachteiligung von Frauen beseitigen.

Ab 13. September wollen wir allein regieren. Wir brauchen keine Nachhilfe von den Grünen oder einer anderen Partei. Die CDU hat sich in ihrem eigenen schwarzen Filtz verfangen. Sie ist bewegungsunfähig. Nach 37 Jahren braucht Schleswig-Holstein den Wechsel. (-/8.4.1987/st/ks)

* * *

Blüms Vorruhestand - ein arbeitsmarktpolitischer Flop

Deprimierende Bilanz des Vorruhestandsgesetzes

Von Klaus Kirschner MdB

Das Vorruhestandsgesetz der Kohl-Regierung, von Bundesarbeitsminister Blüm 1985 noch als „großer Renner“ gefeiert, erweist sich mehr und mehr als arbeitsmarktpolitischer Flop. Waren bereits 1985 statt der damals von Blüm erwarteten 80.000 nur 28.000 Anträge auf Vorruhestand bei den Arbeitsämtern gestellt worden, so sind es während der gesamten bisherigen Laufzeit des Gesetzes (Mai 1984 bis Februar 1987) nach der neuesten Auskunft des Bundesarbeitsministeriums gerade 69.880 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, die in den Vorruhestand traten. Hinzu kommen geschätzt circa 5.000 Vorruheständler, die von der Versicherungspflicht in der Gesetzlichen Rentenversicherung befreit sind. Im gleichen Zeitraum wurden bei der Bundesanstalt für Arbeit 56.196 Anträge auf Gewährung des staatlichen Zuschusses gestellt, von denen Ende Februar 1987 49.747 bewilligt und 2.825 noch nicht abschließend bearbeitet waren.

Da die Wiederbesetzung des Arbeitsplatzes Voraussetzung für die Erlangung des Zuschusses ist, ist davon auszugehen, daß bisher circa 50.000 Arbeitslose und Jugendliche nach Beendigung ihrer Ausbildung einen Arbeitsplatz erhalten haben, der durch die Vorruhestandsregelung freigeworden ist. Ein mehr als mageres Ergebnis, wenn man bedenkt, daß Arbeitsminister Blüm bei der Verabschiedung des Gesetzes davon gesprochen hatte, daß sich das Regierungsangebot bis 1988 an 840.000 Arbeitnehmer richte.

Die mangelnde Attraktivität des Blüm-Gesetzes nimmt auch nicht Wunder. Da als gesetzliche Mindesthöhe für das Vorruhestandsgeld nur 65 Prozent des Bruttoentgelts vorgesehen sind, von denen auch in der Regel noch Steuern und auf jeden Fall Arbeitnehmerbeiträge zur Kranken- und Rentenversicherung bezahlt werden müssen, werden den Vorruheständlern finanzielle Verluste zwischen 33 und 44 Prozent ihres Nettoeinkommens aufgebürdet. Hinzu kommen Kürzungen der späteren Rentenansprüche, die ganz erheblich sind.

Dagegen hatte die SPD-Fraktion mit ihrem Gesetzentwurf ein Vorruhestandsgeld von mindestens 68 bis höchstens 75 Prozent des letzten Nettoeinkommens vorgeschlagen. Da zudem im Gegensatz zum Blüm-Gesetz nicht das Vorruhestandsgeld, sondern das frühere Bruttoarbeitsentgelt die Bemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsträger ist, wäre auch sichergestellt, daß der Vorruhestandsgeldempfänger später keine Rentenschmälerungen erfährt.

Angesichts der deprimierenden Bilanz des Vorruhestandsgesetzes gilt nach wie vor das Angebot der SPD-Bundestagsfraktion auf der Grundlage ihres Gesetzentwurfes über eine wirksame Nachbesserung der Vorruhestandsregelung zu verhandeln.

(-/8.4.1987/st/ks)

* * *

Regierungspolitik des Nichtstuns führt zu noch mehr Arbeitslosen

Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung möglich und notwendig

Von Waltraud Steinhauer MdB
Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Was ist los auf dem Arbeitsmarkt? Eine genaue Analyse ist notwendig, denn es gibt sehr unterschiedliche, ja widersprüchliche, Erklärungsmuster. Einerseits stagniert die Zahl der Arbeitslosen auf Rekordniveau, andererseits meldet die Bundesregierung einen beträchtlichen Zuwachs an Arbeitsplätzen.

Von 1982 bis 1986, seit der „Wende“ bis heute, ist die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen um exakt 427.000 gestiegen. Die Regierung Kohl meldet seit einiger Zeit beträchtliche Zuwächse an Arbeitsplätzen. Allerdings geht diese Rechnung nur auf, wenn man den Tiefpunkt der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl zur Basis nimmt, also die erste Zeit der „Wende“-Koalition einfach ausklammert. Von dem Basisjahr 1982 an gerechnet, hat die Zahl der Beschäftigten bis 1986 um sage und schreibe lediglich 10.000 zugenommen.

Nicht vergessen darf man auch, daß die Zahl der benötigten Arbeitsstunden laufend zurückgegangen ist. Das heißt, das Wachstum der letzten Jahre wurde mit weniger Arbeit realisiert. Von 1982 bis 1986 ist das Arbeitsvolumen von 37,5 auf 36,4 Milliarden Stunden zurückgegangen. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit in letzter Zeit ist eine direkte Folge der Arbeitszeitverteilung, der sinkenden Normalarbeitszeit (38,5-Stunden-Woche), der steigenden Teilzeitquote und auch der Vorruhestandsregelungen.

In den letzten Jahren lag die Entwicklung der Arbeitsproduktivität regelmäßig mindestens so hoch wie das reale Wachstum, zur Zeit sogar beträchtlich darüber. Auch die Arbeitsproduktivität pro Arbeitnehmerkopf lag bei plus 1,0 bis 3,3 Prozent. Über die letzten Jahre gerechnet, lag die durchschnittliche Höhe der Arbeitsproduktivität bei 2,5 Prozent, das Wachstum dagegen bei nur 1,4 Prozent. Es ist die Differenz, auf die es ankommt. Erst eine jährliche Arbeitszeitverkürzung von über 1,1 Prozent bringt netto Einstellungseffekte, im letzten Konjunkturzyklus wurde aber nur eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 0,5 Prozent eingefangen. Das heißt, der weitere starke Anstieg der Arbeitslosigkeit war die direkte Folge der genannten Entwicklung der Einzelkomponenten. Solange die Arbeitszeitverkürzung niedriger ist als die Lücke zwischen Produktivitätsentwicklung und den Wachstumsraten, muß das Defizit an Arbeitsplätzen immer weiter wachsen.



Daraus kann man nur den Schluß ziehen, daß Arbeitszeitverkürzung in allen Formen, einschließlich des Abbaus von Überstunden und des Ausbaus freiwilliger, sozial abgesicherter Teilzeitarbeit, dringend erforderlich ist, um die Massenarbeitslosigkeit mittelfristig abzubauen. Kurzfristig geht es darum, erst einmal den weiteren Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Deshalb ist klar, daß die Gewerkschaften und die SPD solidarisch die IG Metall beim Kampf um die 35-Stunden-Woche unterstützen. Schon der Einstieg in die 35-Stunden-Woche, die 1984 hart erkämpfte 38,5-Stunden-Woche, hat über 100.000 Arbeitsplätze geschaffen. Dieser Weg der Vernunft muß weiter beschritten werden.

Gibt es Alternativen? Die klare Antwort heißt nein. Es gibt aber wichtige Ergänzungen. Wenn endlich ein Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ geschaffen wird, entstehen bis zu 400.000 neue Arbeitsplätze. Wichtig ist aber auch, daß die kommunale Finanz- und Investitionskraft gestärkt wird, um den drohenden Substanzverlust bei den Infrastrukturinvestitionen zu stoppen, um neue umweltorientierte Investitionsaufgaben in Angriff zu nehmen, und um soziale Dienste auszubauen.

Wichtig ist es auch, die Qualifizierung der Arbeitnehmer voranzubringen. Dies macht indes nur Sinn, wenn Arbeitsplätze gleichzeitig geschaffen werden, denn das Defizit an Arbeitsplätzen ist durch Qualifizierungsmaßnahmen selber nicht abbaubar. Im übrigen gibt es bei Fortbildung und Umschulung im Augenblick kaum noch einen Quantitätsbedarf. Allerdings sind die Qualitätsprobleme unübersehbar. Umgeschult wird in alle möglichen Richtungen, nicht unbedingt in Fertigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt auch gebraucht werden können. Fortbildung und Umschulung dürfen auch nicht ein Abschiebebahnhof zu Lasten der Bundesanstalt für Arbeit sein. Die Arbeitgeber müssen stärker in die Pflicht genommen werden, das zu tun, was sie früher einmal geleistet haben und nicht die Lasten einfach den Arbeitsämtern vor die Türen zu kehren.

Finanzierung von Arbeit statt Finanzierung der Arbeitslosigkeit ist ein Schlagwort, mit dem man sich kritisch auseinandersetzen muß. Annähernd 60 Milliarden DM kostet die Massenarbeitslosigkeit inzwischen insgesamt - dabei sind die Belastungen der Arbeitslosen und ihrer Familien nicht einmal in Rechnung gestellt. Ein Teil dieser Riesensumme ist in arbeitschaffende Maßnahmen umleitbar. Das ist auch möglich, darf aber nicht zu Lasten der Arbeitslosen gehen. Die Absicherung bei Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig alles andere als üppig. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld lag 1986 bei 957 DM monatlich, 1982 war es mit 975,13 DM noch höher. Bei diesem Zeitvergleich muß zusätzlich in Rechnung gestellt werden, daß die Lebenshaltungskosten in diesem Vier-Jahreszeitraum beträchtlich gestiegen sind. In den letzten Jahren ist der Anteil der gemeldeten Arbeitslosen, die noch Arbeitslosengeld erhalten, von 51 auf nur noch 35 Prozent zurückgegangen. Schon diese Zahl macht deutlich, daß den Arbeitslosen geholfen werden muß, daß die Demontage der Arbeitslosenversicherung zurückzunehmen ist.

Die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld muß - entsprechend der längeren Dauer der Arbeitslosigkeit - verlängert werden. Die Bundesregierung will - im Gegensatz zur SPD - diese notwendige Maßnahme nur den „alten“ Arbeitnehmern vorbehalten. Sie attestiert damit den über 42jährigen Arbeitslosen, daß sie altersbedingt zu den schwer vermittelbaren Problemgruppen gehören, also zur „Abschreibungsmasse“ des Arbeitsmarktes. Diese Position ist ein Armutszeugnis erster Güte und im übrigen ein Widerspruch zu Verlautbarungen der Bundesregierung, das Renteneintrittsalter müsse schon mittelfristig heraufgesetzt werden.

Wer mit den auf Kosten der Arbeitslosen aufgelaufenen „Überschüssen“ der Bundesanstalt für Arbeit Arbeit schaffen will, ist auf dem Holzweg. Dieses Geld gehört den Arbeitslosen und sonst niemandem. Es gehört auch nicht dem Bundesfinanzminister, der damit auf kaltem Wege die beträchtlichen Lücken der Kindererziehungszeiten älterer Mütter fremdfinanzieren will. Der Bundesfinanzminister will den Einsatz von Steuermitteln sparen, und zwar konkret zu Lasten der Arbeitslosen. - Aus alledem ist der Schluß zu ziehen, daß für arbeitsschaffende Maßnahmen Bundesmittel unverzichtbar notwendig sind. Bei der Massenarbeitslosigkeit auf Rekordniveau sollte das eine Selbstverständlichkeit sein.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist möglich, allerdings nicht mit dieser reaktionären Bundesregierung. Ganze fünf Minuten seiner Regierungserklärung hat der Bundeskanzler dem „Phänomen“ der Arbeitslosigkeit gewidmet. Ernst Breit hat völlig recht: „Perspektivlos ist die Koalitionsvereinbarung deshalb, weil sie an dem Problem der Arbeitslosigkeit vorbeigeht. Konkrete Maßnahmen zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit sind nicht vorgesehen.“

Alle wissen es, auch die Wirtschaftsforschungsinstitute und die vornehme Bundesbank sind wenige Tage nach der Bundestagswahl zu der Erkenntnis gekommen, daß der Konjunkturabschwung bereits Ende letzten Jahres begonnen hat. Die Konservativen sind gleichwohl nicht aus der schläfrigen Ruhe zu bringen. Das heißt: Bleibt diese Bundesregierung bei ihrem Nichtstun, sind neue Rekorde der Massenarbeitslosigkeit vorprogrammiert. (-/8.4.1987/st/ks)

* * *